

nach richten

Härteres Vorgehen gegen Umweltsünder

Der neue Umweltminister, Sony Keraf, verspricht ein härteres Vorgehen gegen Umweltverschmutzer. Auf einer Veranstaltung am 7. November in Cisarua, Java, versprach der Minister, Firmen die die Umwelt verschmutzten zu schließen. Ein Untersuchungsteam soll die Zellstofffabrik *Inti Indorayon* in Nord-Sumatra, die Bergbaufirma *PT Freeport Indonesia* in West-Papua und ein Großprojekt auf Kalimantan überprüfen. »Falls es sich herausstellt, daß die Firmen die Umwelt verschmutzen, wird die Regierung sie unverzüglich schließen«, so der Minister. Die Einfuhrgenehmigungen für Industriemüll aus Singapur in die Provinzen Riau und Süd-Sumatra sollen überprüft werden.

Der Minister betonte, dass er notfalls auch gegen Angehörige des Militärs vorgehen würde, sofern sie in Umweltvergehen verstrickt seien. »Ich habe keine Angst, denn ich werde von der Presse und der Bevölkerung unterstützt.« Keraf wies jedoch darauf hin, dass bevor gegen Umweltsünder vorgegangen werden könne, erst ausreichende Informationen vorliegen müssten. »Ich bin fest entschlossen entscheidende Veränderungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Nichtsdesto trotz brauchen wir Zeit und genaue Daten bevor wir ernsthaft etwas tun können. Wir planen einen Treffen von verschiedenen Umweltschutzgruppen, Akademikern und Journalisten um Informationen über den Gesamtzustand der Umwelt zu erlangen.«

vgl. *Indonesian Observer*
9.11.1999

Reaktionen auf den neuen Präsidenten

Insgesamt wurde der Machtwechsel von internationaler Seite nicht nur positiv aufgenommen, sondern durchaus sehr begrüßt. Sowohl die westlichen Regierungen als auch Menschenrechtsorganisationen in Amerika befürworteten das »Duett« Gus Dur-Mega. Man verspricht sich von dem neuen Präsidentenduo eine moderate Islampolitik. Ein Journalist der Nachrichtenagentur Antara aus New York berichtete am 22.10.99, dass Indonesienkenner und Aktivisten der Nichtregierungsorganisationen in Amerika den vierten Präsidenten der indonesischen Republik als »Kämpfer für die Menschenrechte und toleranten Muslimführer« gelobt hatten. Obwohl Gus Dur aus der Nahdlatul Ulama (NU), der größten Muslimorganisation des Landes mit 30 Millionen Anhängern stammt, besteht keine akute Befürchtung, Indonesien könne zu einem fundamentalistischen Islamstaat werden. »Der Islam in Indonesien steht in der Tradition der Toleranz und der Bereitschaft zur Differenzierung. Kurz gesagt ist dies kein Ort, wo fundamentalistische Gruppen entstehen können«,

sagte James Clad, Professor für Politik Ostasiens an der Universität Georgetown.

Auch in Australien zeigte man sich anlässlich des Machtwechsels optimistisch. John Howard teilte der Presse mit, Canberra werde den passenden Zeitpunkt abwarten, um die bilateralen Verbindungen mit Jakarta zu verbessern. »Es ist sehr erfreulich, was in Indonesien passiert. Wir beobachten eine Hinwendung zur Demokratie, und ich beglückwünsche das Land zu der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten«, sagte Howard der Presse in Canberra am 22.10.99. Howard glaubt an die Fähigkeit Präsident Wahids und Megawatis, dem Land neue Hoffnung zu spenden und eine Demokratisierung Indonesiens zu erreichen. Weiterhin erklärte Howard, dass Australien Indonesien freundlich gesonnen sei. »Australien wird bereit sein, zu helfen und ein Freund zu sein. Wir möchten gute Beziehungen mit Indonesien pflegen«, schloss er.

Vgl. *Kompas und Waspada*, 14.-27.10.1999

Demonstration in Banda Aceh

Etwa eine Millionen Menschen demonstrierten am 8. November in der Provinzhauptstadt Banda Aceh für ein Referendum über den zukünftigen Status der Provinz Aceh. Die Demonstranten waren aus allen Teilen der Provinz gekommen und verwandelten die Stadt in ein Menschenmeer. Der Verkehr und das Geschäftsleben waren vollkommen stillgelegt.

Organisiert wurde die Demonstration von SIRA (Sentral Informasi Referendum Aceh). Ihr Vorsitzender, Muhamad Nazar, betonte, daß es sich um friedfertige Demonstration handle. »Dies ist kein bewaff-

neter Kampf. Wir sind keine Guerrillas. Was wir wollen sind politische Aktionen, um möglichst schnell ein Referendum abhalten zu können.«

Parlamentsmitglied und Reformler Hatta Radjasa warnte Parlament und Regierung davor die Entwicklung nicht ernst zu nehmen. Der Parlamentarier sagte, die Zeit, das Problem zu lösen, werde knapp. Er forderte das Parlament auf, eine Delegation in die Provinz zu schicken, um so ein Zeichen des guten Willens zu setzen.

vgl. *Suara Pembaruan* 8.11.1999

Landesweites Referendum

Die Rufe nach einem landesweiten Referendum über die zukünftige Staatsorganisation Indonesiens werden lauter. Mit einem Referendum soll den Unabhängigkeitsforderungen einiger Provinzen begegnet werden. Der Bevölkerung Indonesiens soll die Möglichkeit gegeben werden, zwischen Einheits- oder Bundesstaat zu wählen. »Wenn wir von einem Einheitsstaat zu einem föderalen Staat werden wollen, dann muss die ganze Nation dazu befragt werden, nicht nur die Acehnesen, Irianesen oder die Leute von Riau. Auch die anderen Provinzen sollten die Entscheidung mitbestimmen«, sagte der Generalsekretär des Unabhängigen Wahlbeobachtungs-Komitees, Mulyana W. Kusumah, bei einer öffentlichen Debatte über die Unabhängigkeitsforderungen Irian Jayas.

Eine Hauptursache für den Separatismus liegt seiner Meinung nach in der Politik der Zentralregierung gegenüber den Provinzen begründet. Die Provinzen seien von Jakarta vernachlässigt worden. Weiter sagte er, die Regierung hätte zu langsam auf die Forderungen der Provinzen reagiert. »Obwohl wir ein Gesetz über Regionale Autonomie (Nr. 22/1999) verabschiedet haben, glaube ich, dass es bereits zu spät ist, den Provinzen weitgehende Autonomie zu geben. Die Bevölkerung hat die Geduld verloren.« Mulyana forderte Parlament und Nationalversammlung auf, der Regierung bei der Vermittlung ihrer Politik zu helfen.

Unabhängig davon erklärte die größte Muslimorganisation Indonesiens, *Nahdlatul Ulama* (NU), dass sie am Konzept eines indonesischen Einheitsstaates festhält. NU-Vizegeneralsekretär, Arifin Junaedi, erklärte, dass die 30 Millionen starke Organisation auf ihrem nächsten Kongress Ende November der Regierung empfehlen werde, am Einheitsstaat festzuhalten. Arifin: »Die NU wird keine Form des Separatismus dulden.«

vgl. *JP* 17.11.1999